



**Mitgliederversammlung des Thüringer Handwerkstages e. V.,
am 25. November 2008, Suhl
Rede des Präsidenten**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn man wie ich die Aufgabe und die große Freude hat, anlässlich der Mitgliederversammlung des Thüringer Handwerkstages e.V. vor den höchsten Repräsentanten des Freistaates – aus Politik, Verwaltung, der Justiz und natürlich vor dem Handwerk zu sprechen – geht es alljährlich naturgemäß auch darum, die aktuelle Lage und die Forderungen des Handwerks in Thüringen zu beschreiben und so darzulegen, dass Sie, meine verehrten Gäste, möglichst viel mit nach Hause nehmen, um dann wohlwollend vom Handwerk zu sprechen und sich intensiv dafür einzusetzen.

Wir wissen zwar, dass dies nicht immer so funktioniert, sind aber voller Hoffnung, dass es sich von Jahr zu Jahr bessern wird.

Als ich mir in Vorbereitung dieser Rede mein Konzept zusammengetragen habe, war es für mich klar, dass nicht der bloße Sachstandsbericht über das Handwerk in diesem Jahr ausreicht. Vielmehr geht es in der heutigen Mitgliederversammlung des Thüringer Handwerkstages darum, die besondere Lage in der wir uns alle befinden, deutlich zu machen und die hervorgehobene und ich darf ohne zu übertreiben sagen, zuverlässige Rolle des Handwerks in der Gesellschaft und Wirtschaft vor Augen zu führen.

Es sind drei große Felder, die uns alle angehen und die uns weit über das Jahr 2008/2009 beschäftigen und zum Teil in Atem halten werden. Als erstes nenne ich die Finanzkrise oder was man darunter mittlerweile alles versteht.

Für uns Handwerker, die zur Bankenwelt sowieso eine eigene Beziehung pflegen – bei der Beschaffung von Finanzmitteln sind wir in der Regel von den Kreditinstituten völlig abhängig, andererseits auf Grund der „kleinen Losgrößen an nachgefragten Geldern“ nicht sehr begehrt – ist diese Entwicklung unbegreiflich.

Unbegreiflich, dass deutsche Banken vor allem Landesbanken lieber das Geld in amerikanische „Schrott“-Immobilien investieren, anstatt in heimische mittelständische Betriebe. Unverständlich, dass weltweit die Banken sich nicht auf das eigentliche Kerngeschäft Anlagen und Kredite konzentrieren, sondern sich in Finanzgeschäften engagieren – man kann auch Wettgeschäfte sagen – die nicht nur riskant, sondern mit der Realwirtschaft nichts mehr zu tun haben.

Wenn wir Handwerksbetriebe für die Banken ein vermeidliches Risiko darstellen, bekommen wir keine Darlehen mehr oder müssen werthaltige Zusatzsicherheiten wie Immobilien oder liquide Vermögenswerte unverzüglich bereitstellen. Es ist ein absoluter Irrsinn, wenn nur noch rund 5% der gesamten Finanzgeschäfte weltweit mit der Realwirtschaft – also der Produktion und dem Handel von Waren und Dienstleistungen – zu tun haben. Das ist abgehoben, wie das auch leider für viele Manager der Bankenwelt gilt.

Manager sind keine Inhaber. Inhaber unterlassen solch einen Unfug. Denen ist die nachhaltige und profitable Entwicklung des Betriebes wichtiger als der kurzfristige Profit, der Aktienanstieg oder die Maximierung des Einkommens. Wenn wir heute von der Finanzkrise reden, so geht es doch im Kern um das Selbstverständnis derer, die in der Wirtschaft – und hier meine ich vornehmlich die Großindustrie – verantwortlich handeln. Wenn wir uns die Diskussion um die Managergehälter, deren Boni und Abfindungen anhören, so liegt doch unsere Wirtschaftsethik gerade von den Flaggschiffen der Wirtschaft stark im Argen.

Wir missgönnen keinesfalls dem Erfolgreichen seinen Erfolg und den Ertrag daraus. Wir wissen, dass unternehmerische Entscheidungen auch falsch sein können. Jedoch ist die Wirtschaftsmoral im Handwerk eine ganz andere, eine einfache.

Im Handwerk zählt die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens, der Einsatz für den Betrieb und für seine Mitarbeiter und dies gepaart mit sozialem Gemeinsinn sowohl nach innen als auch im gesellschaftlichen Umfeld.

Dafür steht das Handwerk.

Vielleicht ist es eine gute Chance – und jede Krise bedeutet auch Chance – zurückzukehren zur Normalität und weg von der Gier, hin zu einem verantwortlichen Miteinander von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung und Verantwortung.

Eine weitere wichtige Veränderung vollzieht sich allmählich und wird im nächsten Jahrzehnt zu gravierenden gesellschaftlichen Anpassungen führen. Wie wir alle wissen, werden wir in Thüringen immer weniger. Von rund 2,3 Mio. sinkt bis 2030 die Anzahl der Thüringer auf ca. 1,8 Mio. Menschen. Neben diesem starken Rückgang der Bevölkerung werden wir auch insgesamt immer älter. Diese Entwicklung betrifft zwar das ganze Land, jedoch sind die Auswirkungen in den Regionen höchst unterschiedlich. Während die großen Städte von Eisenach über Erfurt, Weimar bis Jena nur wenig davon betroffen sind, sind Gebiete im äußersten Norden, Osten und dem Süden unseres Freistaates massiv davon betroffen und werden ein völlig neues soziologisches Gesicht bekommen. Uns im Handwerk macht diese Entwicklung, wenn nicht entsprechend dagegen gesteuert wird, große Sorgen. Denn wir sind anders als die Industrie entsprechend der Bevölkerung über das ganze Land hinweg gleichmäßig verteilt. Es gilt nämlich der Grundsatz – ohne Bevölkerung keine Aufträge, ohne Aufträge kein Handwerk.

Während die jungen Menschen tendenziell in die prosperierenden Gegenden umsiedeln und damit den Verödungsprozess in den ländlichen Gebieten verstärken, bleiben die alten Menschen in ihren angestammten Gebieten wohnen.

Wenn man sich vor Augen führt, dass das Handwerk ein wesentlicher Bestandteil für die Versorgung der Menschen in den Regionen ist, so fragt man sich: wer wird künftig die Versorgung dieser Menschen organisieren? Ältere Menschen wird man kaum zwingen können 20, 30 oder gar 40 km in die Einkaufszentren oder in die Regionen zu fahren, um die eigene Versorgung abzusichern, oder die notwendigen pflegerischen Leistungen zu erhalten.

Gleichfalls wissen wir, dass sich viele Handwerker ehrenamtlich in Vereinen, in den Feuerwehren oder anderweitig in den Kommunen engagieren. Dies alles fällt weg, wenn das Handwerk als Stütze, gerade im ländlichen Raum, verloren geht.

Wir hoffen, dass sich der Staat, die zuständige Regierung ebenso intensiv und rasch diesem Themenfeld gemeinsam mit dem Handwerk und zugunsten des Handwerks annimmt, wie es die Bundesregierung mit der Bankenkrise gemacht hat und mit Opel vorhat.

Wir wissen zwar, dass das Maßnahmenpaket der Bundesregierung über 460 Mrd. € – das ist schon eine gigantische Zahl – zur Stützung des deutschen Finanzwesens notwendig war, aber wir hoffen sehr stark, dass diesmal die Kleinen, die Fleißigen, die Ehrbaren die gleiche Unterstützung erfahren werden, wie jene, die uns die ganze Suppe eingebrockt haben. Vielleicht wird man zu einem späteren Zeitpunkt wieder dazu kommen, dass jene, die sich die Suppe einbrocken, auch wieder auslöffeln müssen.

Schaut man in das Jahr 2009 mit den Wahlen in Europa, im Bund und im Land, so werden mit diesen Wahlen die Parlamente und damit die Regierungen gewählt, die die Politik bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts bestimmen werden. Und gerade in diesem Zeitraum sind die notwendigen Weichenstellungen und Aufgaben, von denen ich gerade gesprochen habe, anzupacken und zu lösen. Daher werden wir im Handwerk genau prüfen, was ist uns Handwerkern in den letzten vier bzw. fünf Jahren von den jeweiligen Regierungen und Parlamenten versprochen und was ist davon gehalten worden.

Ebenso werden wir unsere Wahlprüfsteine für die anstehende Legislaturperiode mit auf den Weg geben, damit wir im Handwerk vor den Wahlen genau wissen, wer für die Interessen des Handwerks eintritt und auch zukünftig Politik für und nicht gegen das Handwerk macht. Wir werden jeder Partei die Chance geben, in dem nächsten halben Jahr dies öffentlich vor uns im Handwerk zu erklären. Damit können wir uns ein klares Bild machen, um die richtige Wahlentscheidung zu treffen. Ich schließe mich gerne den Worten des ZDH-Präsidenten Otto Kentzler an, der im Beisein der Bundeskanzlerin ausführte: „Ohne Handwerk geht gar nichts und ohne Handwerk kann man keine Wahlen gewinnen.“

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Finanz- und Wirtschaftskrise, demographischer Wandel und damit verbunden die Verödung des ländlichen Raumes, politische Wahlen, in vielen Feldern steht ein Gezeitenwechsel bevor. Die gesellschaftliche Grundordnung, die gesellschaftliche Prioritätensetzung steht vor einer Neuorientierung – eben vor einem Gezeitenwechsel.

Betrachtet man sich die knapp 20 Jahre seit dem Mauerfall, so hat sich das Handwerk trotz erheblicher wirtschaftlicher Auf und Ab's insgesamt sehr gut geschlagen und ist in Deutschland und in Thüringen einer der wichtigen Säulen in der Gesellschaft und in der Wirtschaft. Dabei hat es immer treu und zuverlässig zu seinem heimatlichen Standort gehalten.

Wir wissen, was das Handwerk für Thüringen bedeutet und wir hoffen nur, dass dies auch umgedreht bekannt ist. Nach unserer Einschätzung ist es nicht mehr jedem klar, wer und was das Handwerk ist. Viele, so haben Umfragen ergeben, können kaum noch zehn Handwerksberufe nennen. Vielleicht müssen wir im Handwerk dieses deutlicher machen. Wer wir sind und was wir tun und welche Bedeutung haben wir, gerade für die Gesellschaft. Was ist eigentlich Handwerk?

Wenn früh morgens bei Ihnen der Wecker klingelt – das ist Handwerk – der Uhrmacher.

Wenn Sie zum Frühstück das frische Brötchen mit Wurst essen – das ist Handwerk – der Bäcker und Fleischer.

Wenn Ihr Biss ins Brötchen richtig kräftig ist – das ist Handwerk – der Zahntechniker.

Wenn Sie zur Brille greifen, um die Zeitung zu lesen – das ist Handwerk – der Augenoptiker.

Wenn Sie mit dem Auto zur Arbeit fahren – das ist Handwerk – der Kfz-Techniker.

Wenn Sie abends zurück in Ihr Haus kommen – das ist Handwerk – die Bauhandwerker.

Und so könnte ich die Reihe fortsetzen bis zum „ins Bett gehen“ wenn Sie das Licht ausschalten – das ist Handwerk – der Elektriker.

Und im Trauerfall – ein Handwerker – der Bestatter.

Auch Karl Lagerfeld ist ein Handwerker – ein Schneider.

Sie sehen, bewusst oder unbewusst, unser gesamter Alltag, wie unser gesamtes Leben, ist auf Handwerk aufgebaut. Ohne Handwerk ginge gar nichts. Unser ganzes Leben benötigt die Inanspruchnahme von Dienstleistungen aus dem Handwerk. Und immer haben sich Menschen gefunden, die diese Leistungen für andere erbringen, die sich als Handwerker spezialisiert haben, mit Leistungen anderen zur Verfügung stehen und dabei Ihren eigenen Lebensunterhalt erarbeiten. Und wir alle nehmen diese Dienstleistungen mit großer Selbstverständlichkeit hin. Wir erwarten, dass diese Leistungen vorhanden sind und dass auch immer pünktlich und in guter Qualität und in allen Regionen. Dafür stehen in 144 Handwerksberufen ca. 31.600 Betriebe im Land mit rund 141.000 Beschäftigten und 12.702 Lehrlingen.

Mit einer Ausbildungsquote von über 10% liegen wir weit über den anderen Wirtschaftssektoren. Wir bilden also für die Anderen mit aus. Die handwerkliche Ausbildung ist ein gutes Fundament für jede berufliche Karriere. Insgesamt erwirtschaftet das Thüringer Handwerk im Jahr Produkte und Dienstleistungen in Höhe von 13 Mrd. €. Beim Einzelhandel liegt der Umsatz bei ca. 4,8 Mrd. €. Die Landwirtschaft mit vergleichbaren Umsätzen wie das Handwerk von rund 12 Mrd. €, hat mit ihren 4.737 Betrieben nur knapp 26.000 Beschäftigte. Dies sind Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik.

Auf Deutschland bezogen hat das Handwerk einen Anteil an der Bruttowertschöpfung von 8,4%, bei den Erwerbstätigen von 12,2% und an der beruflichen Erstausbildung von 30,3% an allen Auszubildenden im Jahr 2007.

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Handwerkerschaft in Thüringen mit ihrer kleingliedrigen Aufstellung leistet für die Bevölkerung, für unser Land, gerade im Vergleich zu anderen, Bedeutendes. An dieser Stelle sei auch die Integration von Benachteiligten oder Leistungsschwachen erwähnt.

Ebenso ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein Feld, dem sich die Industrie mit großer Kraftanstrengung annimmt – im Handwerk in der Regel gelöst. Der Handwerksbetrieb zeigt sich als Familienbetrieb. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Ehefrau im Betrieb mitarbeitet und die Kinder darin aufwachsen.

Das Handwerk hat neben seiner reinen Wirtschaftskraft, seiner Ausbildungsstärke und gesellschaftlichen Orientierungen einen weiteren wichtigen Vorteil durch seine Selbstverwaltung. Viele Handwerker, sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer arbeiten in ehrenamtlichen Funktionen, ohne jedes Gehalt und schaffen damit Werte, die anderweitig über den Staat organisiert und kaum finanziell aufzubringen wären.

Innerhalb der Handwerksorganisation kommt der ehrenamtlichen Betätigung insbesondere im Bereich der Selbstverwaltung, der Interessenvertretung und vor allem im Prüfungswesen ein erhebliches Gewicht zu. Bei einer volkswirtschaftlichen Erhebung der Universität Göttingen wird der gesamte Zeitaufwand ehrenamtlicher Arbeit im gesamten deutschen Handwerksbereich auf 2,7 Mio. Std. pro Jahr hochgerechnet. Unterstellt man einen Stundensatz von 42 € im Monat, ergibt dies einen Bruttonutzen an ehrenamtlicher Arbeit von rund 113,5 Mio. €.

Auch aus dieser Sichtweise heraus wird klar, Handwerk rechnet sich für das Land. Es macht also Sinn das Handwerk entsprechend zu stützen und zu fördern. Jedoch ist genau dies zu prüfen, ob die Politik der letzten Jahre das Handwerk wirklich gefördert hat.

Die Bundesregierung ist in 2005 angetreten, um die Lohnzusatzkosten unter 40 % zu drücken, die Bürokratie abzubauen und den Haushalt zu konsolidieren. Ganz nüchtern beurteilt muss man nach fast vier Jahren sagen, all diese Ziele sind nicht erreicht worden. Die ebenfalls zentrale Aufgabe, die Binnennachfrage zu stärken, wurde sträflich vernachlässigt. Die Bürger brauchen mehr Netto vom Brutto. Aber lassen Sie mich kurz an Beispielen der Arbeits- und Sozialpolitik aufzeigen, wie den Bürgern zusehends immer mehr Lasten aufgebürdet und damit das Geld aus der Tasche gezogen wurde.

Den drastischen Anstieg der Gesundheitskosten von über 2 % in Thüringen und der Einführung eines verfehlten einheitlichen Gesundheitsfonds brauche ich nicht länger auszuführen. Das kostet den Thüringer Betrieben und Arbeitnehmern rund 160 Mio. €. Der Großteil der Anwesenden lehnt diesen Gesundheitsfond ab. Er ist praktisch untauglich und verhindert Wettbewerb auf dem Gesundheitsmarkt.

Bei der Pflegeversicherung ist der Beitrag zur Jahresmitte um 0,25 % gestiegen. Jedoch ist der Hauptkostentreibersatz, die zukünftig ansteigende Zahl der Pflegebedürftigen nicht gelöst, ja noch nicht einmal als Problemlösung angedacht worden.

Bei der Rentenversicherung ist in einem ersten Schritt zwar das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht worden. Jedoch hat man den Pfad der Tugend schnell verlassen und den Rentenbeitrag von 19,5 % auf 19,9 % erhöht und in diesem Jahr eine außerplanmäßige Rentenerhöhung durchgeführt, die die Steuerzahler in den nächsten fünf Jahren rund 12 Mrd. € mehr kosten wird.

Besondere Blüte treibt die Arbeitsmarktpolitik. Die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I, die Einführung des Kommunalkombi, die Erhöhung des pauschalen Abgabensatzes für geringfügig Beschäftigte auf 30 %, die Einführung eines Ausbildungsbonus, der die Arbeitslosenversicherung bis 2012 mit mehr als einer halben Mrd. € belastet, sind Beispiele, wie die Arbeitskosten verteuert werden, die Beschäftigung damit im ersten Arbeitsmarkt reduziert und letztendlich das verfügbare Einkommen aller gemindert wird.

Auch steuerpolitisch war für das Handwerk ebenfalls wenig zu erreichen. Die umgesetzte Unternehmenssteuerreform hat zwar die Steuerlast von 39 % auf unter 30 % gesenkt, aber nur für Kapitalgesellschaften. Und das ist nicht die Mehrheit des Handwerks. Zudem sind die rechtlichen Vorschriften für den Investitionsabzugsbetrag, die gerade als Ausgleich für die Personengesellschaften gedacht waren, viel zu kompliziert. Während vor diesem Gesetz die Bildung und Auflösung von Rücklagen niemals vergangene Steuerbescheide beeinflusst haben, so können heute vom Finanzamt rückwirkend, wenn die Investition nicht die geplante Höhe hat, die Steuerbescheide korrigiert werden!

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ergänzend hinzufügen, auch die Investitionszulage, eine gut gemeinte Subvention für Investitionen, ist ein bürokratisches Schreckgespenst und kann ohne steuerlichen Berater kaum bearbeitet werden. Dabei spricht man in Thüringen auch immer wieder von Bürokratieabbau.

Was wirklich fehlt, ist neben einer Vereinfachung des Steuerrechtes eine Einkommenssteuerreform, die den Menschen mehr in der Tasche lässt und den kleinen Mittelstand bevorteilt. Inhabergeführte Betriebe, also Personengesellschaften, die das betriebliche Risiko tragen, dürfen steuerlich nicht schlechter gestellt werden als Kapitalgesellschaften. Als Ausgleich fordern wir die Verhinderung der kalten Progression durch die Einführung eines Steuertarif auf Rädern.

Unser Steuersystem bestraft Leistung. Durch die kalte Progression profitiert vor allem der Staat von Lohnsteigerungen. Folgende Rechnung hat das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln aufgemacht: bleibt der beschlossene Tarif unverändert, hat dies bei einer durchschnittlichen jährlichen Einkommenserhöhung von 2 % allein in den Jahren 2007-2009 Steuererhöhungen von rund 15 Mrd. € zur Folge. Der Finanzminister kann sich zurücklehnen und von Haushaltskonsolidierung und Einsparungen sprechen und diese vor allem durch die steuerlichen Mehreinnahmen finanzieren, welche die Menschen und Betriebe erwirtschaftet haben. Was wir brauchen ist deshalb ein Steuertarif auf Rädern und ein Ende der heimlichen Steuererhöhungen. Eine Reform der Einkommenssteuer ist kein Wahlgeschenk, sondern eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Es ist das Geld der Bürger und nicht das Geld des Staates.

Gegenwärtig befindet sich das Handwerk in einer Phase, in der zahlreiche Betriebe vor der Übergabe stehen. Wir schätzen, dass in den nächsten 10 Jahren jeder dritte Betrieb im Handwerk einen Nachfolger suchen muss. Die zeitgleich damit einhergehende Erbschaftsteuerreform muss daher auf die Betriebs- und Standortsicherung ausgelegt sein. Es ist daher notwendig, Bewertungsregeln und Verfahren der Betriebe realitätsgerecht zu gestalten. Es darf aber keinesfalls zu Steuererhöhungen kommen. Die vorgesehene Pflicht, zur nahezu unveränderten Unternehmensfortführung bei Beibehaltung von 70 % der Lohnsummen, sehen wir als nicht nachhaltig an. Grundsätzlich appellieren wir an den Gesetzgeber eine Doppelbelastung der Betriebe durch Erbschaft- und Ertragssteuer auszuschließen. Es ist sowieso nicht verständlich, warum schon einmal versteuertes Geld nochmals versteuert wird.

Neben Erleichterung in den Bereichen Steuern und Abgaben, konzentrieren wir uns intensiv auf die Schaffung weiterer Wachstumsimpulse im Handwerk. An erster Stelle steht die Anpassung der Instrumente Steuerbonus und energetische Gebäudesanierung, die bereits 2006 zu einem spürbaren Wachstum geführt haben. Die Anhebung des Abzugsbetrages auf 1.200 € begrüßen wir ausdrücklich, da es eine seit langem erhobene Forderung des Handwerks ist.

Das zweite Instrument der Ankurbelung des Wachstums ist die energetische Gebäudesanierung. Wir begrüßen es, dass das Gebäudesanierungsprogramm im laufenden Jahr um 500 Mio. € aufgestockt wird. Jedoch sind durch die beschleunigte Nachfrage, die Mittel bereits im Juli ausgeschöpft. Die vorgesehene Aufstockung reicht jedoch nicht aus, um die energiepolitischen Ziele zu erreichen. Wenn es bei der jetzigen Quote der energetischen Gebäudesanierungen bleibt, wird der deutsche Wohnungsbestand erst in 185 Jahren, d.h. im Jahre 2193 saniert sein. Wir fordern daher zur Beschleunigung der Nachfrage und Schaffung weiteren Wachstums die Einführung einer Energiesparprämie. Die soll so ähnlich konstruiert sein wie ein Steuerbonus, also die Möglichkeit 25 % von max. 20.000 € steuerlich abzusetzen. Auf Grund der zu erwartenden Nachfrage und damit verbundenen Umsatz- und Beschäftigungszuwächse und der Vermeidung der Schwarzarbeit, kann von einem sehr hohen Selbstfinanzierungsgrad der Energiesparprämie ausgegangen werden.

Insgesamt begrüßen wir, dass die Bundesregierung bei ihrem Konjunkturpaket lange verweigerter Forderungen des Handwerks aufgegriffen hat. So schön dies ist, Konjunkturprogramme dürfen die notwendigen strukturellen Veränderungen nicht verdrängen. Hier hat die Bundesregierung ihre Aufgaben noch nicht gemacht!

Auch in anderen Bereichen sollten die dem Handwerk auferlegten Lasten beseitigt werden. Hier möchte ich gezielt die Künstlersozialabgabe nennen, die mit einem nicht mehr zu rechtfertigendem bürokratischen Aufwand für unsere Betriebe daherkommt und von der grundsätzlich alle Unternehmen betroffen sind. Dies kann beispielsweise bei einer Auftragsvergabe für Werbeflyer, Einladungskarten oder Internetauftritt sein. Es ist beispielsweise nicht zu verstehen, dass ein Fotograf, der ein Passbild fertigt, ein Handwerker ist. Wenn er aber einen Lattenzaun ablichtet und daraus ein Flyer gefertigt werden soll, dieser Fotograf plötzlich ein Künstler ist. Die Betriebe sind verpflichtet, die jeweiligen Aufträge versicherungstechnisch einzuordnen und zu dokumentieren. Dadurch, dass die Abgabe auch vier Jahre rückwirkend erhoben wird, führt dies zu unberechenbaren Kosten. Die Verwerterabgabe ist alles andere als Bürokratieabbau für die Wirtschaft. Wir fordern deshalb diese teure politische Fehlentscheidung rückgängig zu machen. Ich möchte daher erneut an die Landesregierung appellieren, sich in der Länderkammer für die Abschaffung der Künstlersozialversicherung stark zu machen. Falls sich für die völlige Abschaffung dieser Abgabe kurzfristig keine Mehrheit findet, müssen umgehend Bagatellgrenzen beispielsweise in Form eines Werbungskosten-Freibetrages für die Abgabe- und Dokumentationspflicht eingeführt werden.

Wohl wissend, dass wir uns im Konsens mit der Thüringer Landesregierung befinden, beklagen wir, dass das Forderungssicherungsgesetz nur den materialen rechtlichen Teil novelliert und den für das Handwerk bedeutsame Verfahren zum vollstreckungsrechtlichen Teil ausgeklammert hat. Für das Handwerk bedeutet das konkret, dass es nach wie vor in langwierigen Zivilprozessen um seine Forderungen im Streitfall kämpfen muss. Außerordentlich begrüßen wir die Entscheidung der Thüringer Landesregierung den Einheitlichen Ansprechpartner, eine Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, auf die Kammern zu übertragen. Die Kammern haben sich in der Vergangenheit als äußerst kompetent erwiesen, gerade in den Fragen der Existenzgründungsberatung. Nach den vorläufig abschließenden Gesprächen im August diesen Jahres, ist es nun an der Landesregierung, uns die Vereinbarung schriftlich zu bestätigen, die miteinander ausgehandelt wurde. Dies ist wichtig, um mit der Planung weiter voran schreiten zu können. Bis Ende 2009 muss der Einheitliche Ansprechpartner umgesetzt sein. Eine weitere Verzögerung wäre der Sache nicht dienlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe jetzt einen großen Bogen geschlagen, um aufzuzeigen wie die abgelaufene Gesetzgebung das Handwerk deutlich belastet, zumindest nicht im wohlwollenden Fokus der Politik gestanden hat. An einigen Punkten habe ich Ihnen unsere Positionen und Forderungen aufgezeigt. Die Belastungen daraus sind gering, rechnen sich volkswirtschaftlich und stärken das Handwerk.

Im Ergebnis geht es uns um mehr Steuerentlastung, mehr Abgabentlastung in der Sozialversicherung und mehr Ausgaben für Bildung.

Dies alles ist zu finanzieren, auch durch eine höhere Sparsamkeit. Wir wissen alle, dass die Aufgaben des Bundesetats in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind. Eine sparsame Haushaltspolitik kann die erforderlichen Mittel aufbringen. Wenn der Wille vorhanden ist, können die entscheidenden Weichenstellungen in 2009 vorgenommen werden. Dadurch wird das Handwerk für die Zukunft gestärkt und wettbewerbsfest gemacht. Unsere Wettbewerbsfähigkeit wird entscheidend davon abhängen, wie wir das „Humankapital“ weiter aufbauen bzw. in die nächste Generation übertragen können. Mit den richtigen Unterstützungen und Maßnahmen lässt sich unser Facharbeiterbedarf decken und das Know-how auf die folgenden Generationen im Rahmen der massiv anstehenden Unternehmensnachfolgen weiterleiten. Ebenso muss der Zugang zur Entwicklung von Innovationen bzw. deren marktfähigen Umsetzung erleichtert werden, wie auch die dafür notwendige Finanzmittelbeschaffung. Die Unterstützung bei der Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben, dazu gehört auch die Sicherung der handwerklichen Selbstverwaltung, sind ebenfalls elementare Forderungen des Thüringer Handwerks.

Lassen Sie mich allen heutigen und zukünftigen Entscheidungsträgern, gerade im politischen Raum, sagen, setzen Sie sich für die Interessen unseres Handwerksstandes ein, vor und nach den Wahlen. Ein starkes Handwerk ist eine große Stütze für jede Wirtschaft und Gesellschaft auch hier im Freistaat Thüringen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte nun unseren Ministerpräsidenten Herrn Althaus um seinen Vortrag.

Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist Redebeginn.